

Mitteilung des Präsidenten

Sehr geehrtes Mitglied,

ich freue mich, Ihnen das zweite Bulletin für das Jahr 2019 vorstellen zu dürfen. In dieser Ausgabe wird Elmar Brok das Ergebnis der Europawahl vom 23.–26. Mai 2019 erörtern. Daher möchte ich lediglich Folgendes anmerken: Es ist überaus erfreulich, dass die Wahlbeteiligung deutlich angestiegen ist – von 42,61 % im Jahr 2014 auf 50,82 % im Jahr 2019. Nun ist es wichtig, dass die proeuropäischen Fraktionen zusammenarbeiten und dass es dem Europäischen Parlament gelingt, den Präsidenten der Europäischen Kommission zu ernennen.

Was den Verein der ehemaligen Mitglieder (VEM) angeht, möchte ich zunächst einmal den vielen Kollegen danken, die sich im April anlässlich der jährlichen Hauptversammlung auf den Weg nach Brüssel gemacht haben, sowie auch denjenigen, die ihre Stimme durch einen Bevollmächtigten abgegeben haben. Im Namen des neuen Vorstandes möchte ich Ihnen meinen Dank für das in uns gesetzte Vertrauen aussprechen. Ausführliche Informationen zu dem neuen Vorstand sowie eine Auswahl an Aufnahmen, die anlässlich der verschiedenen Veranstaltungen entstanden sind, finden Sie in dieser Ausgabe. Ganz besonders möchte ich an dieser Stelle den scheidenden Mitgliedern Monica Baldi und Edvard Kožušník für ihre langjährige, engagierte Arbeit und die Energie und die Hingabe danken, mit der sie sich für den Verein der ehemaligen Mitglieder (VEM) eingesetzt haben. Bei dieser Gelegenheit möchte ich zudem die neu gewählten Vorstandsmitglieder Miguel Ángel Martínez und Zofija Mazej Kukovic herzlich willkommen heißen.

Wir freuen uns sehr, in Zukunft mit Ihnen zusammenarbeiten zu können. Das Ende der achten Wahlperiode des Europäischen Parlaments hat dazu geführt, dass sich mehr als hundert scheidende MdEP dazu entschieden haben, dem VEM beizutreten. Wir heißen sie vor dem offiziellen Beginn der Mitgliedschaft am 3. Juli herzlich willkommen und hoffen, dass noch viele weitere Mitglieder dem Verein beitreten werden.

Der Schwerpunkt dieser Ausgabe liegt auf der Demokratie in einer globalisierten Welt. Unter der Prämisse, dass die beiden Faktoren nicht ohne Spannungen nebeneinander bestehen können, ist zu prüfen, inwiefern wir alle von einer zunehmend vernetzten Welt profitieren können. Wir haben unsere Kollegen und Experten auf diesem Gebiet um Beiträge ersucht, damit sie einige ihrer Einsichten und Überlegungen zu diesen komplexen Themen mit uns teilen.

Ein Teil dieser Ausgabe ist den Tätigkeiten des VEM gewidmet. Das Programm „EP to Campus“ erweist sich nach wie vor als eine hervorragende Plattform für den Austausch und die Verbreitung von Informationen. Neben der vielversprechenden Zusammenarbeit im Herbst mit der Universität Illinois und dem Europäischen Zentrum der Mendel-Universität in Brünn möchte ich das Sommerprogramm zur parlamentarischen Demokratie in Europa erwähnen, das im Juli unter der Schirmherrschaft der School of Government der LUISS-Universität stattfinden wird. Unser Kollege und ehemaliger Vorsitzender Enrique Barón Crespo wird bei dem Treffen als Hauptredner auftreten.

Die Zusammenarbeit mit nationalen Parlamenten in der Union wurde Anfang Juni mit der Entsendung einer Delegation des VEM nach Bukarest fortgesetzt; der Besuch stand im Zusammenhang mit der parlamentarischen Dimension des rumänischen Ratsvorsitzes. Die Delegation besuchte das rumänische Parlament und traf Vertreter der Ausschüsse für europäische und auswärtige Angelegenheiten. Die Mitglieder des VEM hatten die Gelegenheit zu einem Besuch der Nationalbank und zur Teilnahme an einer Diskussion mit Studierenden der Nationalen Hochschule für Politik.

Unser Dank gilt allen Kollegen, die an der Reise teilgenommen haben, und wir sehen nun der Ende September stattfindenden Studienreise nach Georgien entgegen. In Anlehnung an den Entschluss der Union, die Partnerschaften im Kaukasus zu fördern, werden wir während des Besuchs unser Engagement für engere Beziehungen durch den politischen Dialog und kulturelle Veranstaltungen bekräftigen. Abschließend möchte ich all denjenigen danken, die zu dieser Ausgabe beigetragen und ihre Einblicke und Meinungen mit uns geteilt haben. Ich hoffe, möglichst viele von Ihnen bei den kommenden Veranstaltungen begrüßen zu dürfen.

FMA President Hans-Gert Pöttering

Zeitgeschehen

Ein Blick auf den Ausgang der Europawahlen – ein Ja zu Europa

Aus der Bevölkerung der 28 EU-Staaten kommt ein klares "Ja" zur Mitgestaltung und Mitbestimmung der Marschroute Europas, zu unseren gemeinsamen Werten wie Freiheit und Menschenwürde, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Bereits vor der Wahl fand sich in den europäischen Gesellschaften eine Einheit in Vielfalt. Bei den Wahlaufufen für proeuropäische Parteien, setzten sich europaweit viele Wirtschaftsverbände, Kirchen, Vereine und Gewerkschaften für ein starkes und geeintes Europa ein.

Über 50 Prozent der mehr als 400 Millionen wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union nahmen an der Europawahl 2019 teil. Das ist die höchste Wahlbeteiligung seit 20 Jahren. Eine Wahlbeteiligung, die seit den ersten Direktwahlen zum Europäischen Parlament im Jahr 1979 erstmals wieder erheblich gestiegen ist, in sieben Ländern sogar um mehr als 10 Prozentpunkte. In Deutschland ist Politik in Europa erstmals wichtiger als Bundespolitik.

Das Europäische Parlament steht nun noch stärker im Fokus und erlangt durch die hohe Wahlbeteiligung eine noch höhere Legitimation. Wie weit der Weg zur vollen Demokratisierung der Europäischen Union fortgeschritten ist, zeigt der Rückblick auf die Anfänge des Parlaments (neun Länder und kaum Mitspracherecht) und ein Blick auf seine Position heute: Wir haben heute Abgeordnete aus 28 Ländern und ein vollgültiges Parlament, das mehr Rechte hat als so manch nationales Parlament. Beispiele hierfür sind das volle Gesetzgebungs- und Haushaltsrecht, das Ratifizierungsrecht von Drittlandsverträgen und besonders seine Rolle bei der Wahl des Kommissionspräsidenten, bei dem der Rat nur Vorschlagsrecht hat.

Festzuhalten ist: Die Rechtspopulisten, die von anti-EU-Kräften wie Vladimir Putin oder Steve Bannon deren eigentliches Ziel es ist liberale Demokratien zu zerstören, unterstützt werden, haben ihre Ziele nicht erreicht. Mehr noch- in einem Europäischen Parlament nach dem Brexit, werden sie noch weniger Chancen haben. Die europafeindlichen und rechtspopulistischen Parteien, die sich auf ECR, ENF und EFDD verteilen, werden insgesamt voraussichtlich 28 Mandate verlieren. Folglich werden sie keine Gestaltungsmöglichkeiten haben, um richtungsweisende Entscheidungen zu treffen.

Doch auch die vermeintlichen Wahlsieger der Grünen und Liberalen verdienen einen etwas differenzierten Blick: In 11 Ländern wurden sie gar nicht gewählt und trotz ihres großen Wahlerfolges in Deutschland, Großbritannien, Frankreich und den Niederlanden werden auch sie nach dem Brexit sechs Mandate verlieren, sowie auch die ALDE Fraktion 12 Mandate verlieren wird. Nach dem Brexit wird die EVP die einzige Partei sein, die in allen Ländern gewählt wurde. Sie auch die Fraktion, die nach dem Brexit mit fünf Mandaten am meisten dazugewinnt.

So gilt es, dass der Wählerwille, der sich im Lissabonner Vertrag durch das parlamentarische Wahlrecht für das Amt des Kommissionspräsidenten manifestiert, nicht hinter kurzfristige parteipolitische Befindlichkeiten gestellt wird. Denn was die demokratischen Kräfte im Europaparlament eint, ist wohl die Einsicht, dass der Nationalstaat keine Antworten mehr auf Fragen der Globalisierung und Digitalisierung, in Bezug auf Klimawandel und Migration, aber auch im Bereich der inneren und äußeren Sicherheit geben kann. Gerade in Anbetracht dieser Einsicht müssen die Christdemokraten, Sozialdemokraten, Liberalen und Grünen bei der Verständigung auf den Spitzenposten des EU-Kommissionspräsidenten mit ihrer Zwei-Drittel-Mehrheit der Entmündigung des Europäischen Parlaments entgegenwirken. Keinesfalls darf der Posten des Kommissionspräsidenten wieder wie früher von den Staats- und Regierungschefs im Rat ausgeklüngelt werden, denn das wäre ein Rückschritt, zurück ins Hinterzimmer der Macht.

Elmar Brok MEP

EPP Germany (1980-2019)

LEGITIMITÄT DER EUROPÄISCHEN UNION – BEDEUTUNG INSTITUTIONELLER REFORMEN

Ich möchte meinen ehemaligen Kollegen mitteilen, wie sich einige Aspekte der Europäischen Union aus finnischer Sicht darstellen. Eine klare Mehrheit, nämlich zwei Drittel der finnischen Bevölkerung, hält die EU-Mitgliedschaft ihres Landes für etwas Positives und ist der Ansicht, dass das, was gut für die Union ist, auch gut für Finnland ist. Ganze 80 % der Finnen sprechen sich für den Euro aus!

Der finnische Präsident verkündet regelmäßig, dass Finnland eine starke Europäische Union brauche – und der Ministerpräsident und die Parteivorsitzenden pflichten ihm immer häufiger bei. Jedoch gibt es in Finnland keine ernsthafte öffentliche Debatte über die Zukunft der Europäischen Union, obwohl diese Debatte dringend nottut.

Dass sich die finnische Öffentlichkeit zur EU bekennt, liegt am wirtschaftlichen Erfolg, den der Binnenmarkt mit sich bringt. Außerdem erkennen die Finnen durchaus, dass die Union ihnen Sicherheit gegenüber Russland gewährt. Trotzdem fällt es vielen in Finnland immer noch schwer, die Europäische Union zu begreifen.

Ich nenne Ihnen nur zwei Beispiele auf institutioneller Ebene, die die normale Funktionsweise der Demokratie einschränken und die Legitimität der Union beeinträchtigen.

– Entscheidungen des Europäischen Parlaments werden gelegentlich mit wechselnden Mehrheiten getroffen. Daher ist es schwierig, jemanden für diese Entscheidungen verantwortlich zu machen. Außerdem sind die Beratungen im Ministerrat kompliziert, undurchsichtig und mitunter zu langatmig. Angesichts all dessen sind die Bürger der Ansicht, in der Union könne niemand politisch zur Verantwortung gezogen werden.

– Die Existenz zweier paralleler Rechtssysteme, nämlich auf der Ebene der Union und auf der Ebene der Mitgliedstaaten, erzeugt Spannungen und eine Ambivalenz, die bisweilen der Anwendung des Subsidiaritätsprinzips widerspricht – die Grauzone zwischen den Zuständigkeiten der Union und der Mitgliedstaaten wird dadurch noch größer.

Ein Beispiel: Nach der finnischen Verfassung ist es Aufgabe der Behörden Finnlands, die Bürger zu schützen. Doch nach dem Unionsrecht können die finnischen Behörden die Jagd auf Wölfe, die große Schäden in finnischen Dörfern anrichten, nur mit Schwierigkeiten genehmigen. Das macht den Bürgern Angst, und sie beginnen, der Europäischen Union zu misstrauen. Seit dem Beitritt Finnlands zur Europäischen Union ist die Zahl der Wölfe entsprechend gestiegen.

Damit die Union demokratisch und bürgernah ist, braucht sie eine politisch verantwortliche Exekutive. Doch wie kann die Legitimität der Union gestärkt werden, wenn die Mitgliedstaaten die Einführung einer solchen Exekutive vehement ablehnen?

Um den Weg zu institutionellen Reformen zu ebnen, müssen wir zuallererst näher bestimmen, welche gemeinsamen Ziele die Mitgliedstaaten der Union in für die Bürger wichtigen Bereichen verfolgen. Weiterhin muss gezeigt werden, dass die Europäische Union über die Mittel verfügt, um diese Ziele zu verwirklichen. Die Zukunft der Union hängt davon ab, ob sie insbesondere in zwei Bereichen Ergebnisse bewirkt: (innere und äußere) Sicherheit und Wirtschaft (Wohlfahrtsstaat). Eingehen möchte ich hier aber nicht nur auf diese institutionellen Schwächen, sondern auch auf die Minderwertigkeitskomplexe der Ungarn, Polen und einiger anderer Unionsbürger und auf ihr Gefühl, diskriminiert zu werden. Ihr Eindruck, Unionsbürger zweiter Klasse zu sein, könnte dem europäischen Aufbauwerk schweren Schaden zufügen.

Weder in Ungarn noch in Polen lassen sich diese Gefühle auf wirtschaftliche Schwäche oder tatsächliche Ungleichbehandlung zurückführen, und auch am Gefühl der Zugehörigkeit zu Europa mangelt es dort nicht. Deshalb müssen wir eingehend analysieren, warum sich einige Europäer als Bürger zweiter Klasse fühlen, und wir müssen auch unsere eigenen Ansichten und Gewohnheiten auf den Prüfstand stellen, damit alle Völker Europas einander im Dialog näherkommen. Immerhin geht es darum, Einheit und Solidarität in der Europäischen Union zu bewahren! Das ist in der Tat ein anspruchsvolles und begeisterndes Ziel für uns alle.

Unsere Bestrebungen, die Union fürderhin auf eine neue Grundlage zu stellen, sind ein Balanceakt: Einerseits geht es darum, die Bürger stärker einzubeziehen, andererseits darum, den Spielraum für institutionelle Reformen zu erweitern.

Henrik Lax MEP 2004–2009

Europäische Demokratische Partei (EDP)

Europäisches Forum

Die politische Union? In der Frage einer politischen Union ist jetzt die Stunde der Wahrheit gekommen

Die neue europäische Gesetzgebung soll nicht nur die soziale, kulturelle, wirtschaftliche und finanzielle Konsolidierung Europas vorantreiben, sondern darüber hinaus dazu dienen, möglichst rasch jener politischen Union, welche jahrzehntelang Phasen der Stagnation und Krisen durchlebte, mit neuem Leben zu erfüllen. Hierfür schlossen Bundeskanzlerin Merkel und der französische Staatspräsident Macron den Aachener Vertrag, der als eine Erneuerung und Bekräftigung des Élysée-Vertrags vom Januar 1963 zwischen dem damaligen Bundeskanzler Adenauer und dem französischen Präsidenten de Gaulle als ein bedeutender Schritt betrachtet werden kann und der, wenn er von Ländern wie Italien und Spanien rasch übernommen wird, zur Stärkung des politischen Aufbaus Europas, sowohl in Angelegenheiten der Verteidigungs- als auch der Steuerpolitik-, zur Stärkung der gemeinsamen Verteidigung der Europäischen Union sowie der Außenpolitik, der internen Sicherheit und der Förderung eines europäischen Bürgersinns dienen kann. In der Tat richtet sich der Aachener Vertrag, der sich auch mit Themen wie Grenzen, Klima, Umwelt und Wirtschaft beschäftigt, gezielt an die anderen Staaten, mit der Aufforderung, nunmehr Farbe zu bekennen und einen Beitrag zur politischen Union zu leisten- jener Union, von der zwar alle reden, die jedoch noch von niemanden bisher in die Realität umgesetzt wurde. Damit wir uns um die Bekämpfung von Terrorismus, Jugendarbeitslosigkeit, Kriminalität und sozialer Ausgrenzung; den Kampf gegen Fälschungen sowie Rassismus kümmern und den richtigen Umgang mit der Einwanderung und den natürlichen Ressourcen (beginnend bei der Energie bis hin zur Umwelt) wählen können, brauchen wir eine gemeinsame Politik, die es nur dann geben kann, wenn Europa mit denselben Mitteln wie andere Weltmächte ausgestattet ist, um mit letzteren, also zum Beispiel mit China und den USA sowie mit Indien und Russland, mithalten zu können.

Deshalb ist die Umsetzung eines Europas der konzentrischen Kreise gefragt, das mit der Zeit in der Lage ist, jene Länder der Union mit ins Boot zu nehmen, die heute noch nicht dazu bereit sind. Wie auch ein bekanntes italienisches Sprichwort sagt: „Gut begonnen, ist halb gewonnen“; wenn jedoch niemand zur Tat schreitet, bleibt es bei hehren Plänen. Auch im Europäischen Parlament wurde bereits mehrmals darauf hingewiesen: „Wer niemals anfängt, wird auch nie etwas zustande bringen.“ Wir, die Organe und die Bürger; und insbesondere auch die Gründungsländer wie Italien, tun alles, was in unserer Macht steht, damit die Mitgliedstaaten die Dringlichkeit und Notwendigkeit erkennen, sich zusammenzuschließen und das aus dem Abkommen zwischen Merkel und Macron entstandene Projekt zu verbessern. Hierbei geht es aber nicht darum, Hoheitsrechte abzugeben oder zu verlieren, sondern vielmehr darum, einige dieser Hoheitsrechte miteinander zu verbinden, um die angestrebte politische Union, die zwar in aller Munde ist, aber nur in wenigen Wahlprogrammen auf der Agenda steht, zu erreichen.

Wir sind nicht für ein Europa der Mitgliedstaaten erster und zweiter Klasse, sondern für ein Europa, in dem einige Länder beim politischen Einigungsprozess als erste mutig voranschreiten und es somit anderen Ländern erleichtern, ihrem Beispiel zu folgen.

Als die Montanunion, auch bekannt als Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS), gegründet wurde, hatte man einen neuen Weg des Friedens und Respekts eingeschlagen, der die beiden wichtigsten Ressourcen, aus denen alle vorherigen Kriege hervorgegangen sind, bündelt. Schließlich ist es vor allem diese Gemeinschaft, der wir die aktuelle langandauernde Zeit des Friedens zu verdanken haben und für die wir uns wünschen, dass sie sowohl unseren Bürgern als auch allen anderen Menschen ein freies Europa, das Rechte und Pflichten achtet, garantiert. Deswegen betonen wir hiermit erneut, wie auch schon in der Vergangenheit, die Notwendigkeit einer universellen Charta der Pflichten, die Europa im Übrigen der ganzen Welt vorschlagen sollte, zusammen mit einer universellen Charta der Rechte, welche die Aufgaben der Organe sowie jene der Bürger klar festlegt. Womöglich ist die Zeit für einen neuen europäischen Konvent gekommen, ähnlich wie wir es bereits in der Wahlperiode, die 2014 endete, gefordert hatten- denn jetzt ist der alles entscheidende Moment dafür gekommen.

Cristiana Muscardini

Digitale Gesundheitskompetenz – für eine bürgerfreundliche europäische Gesundheitsfürsorge in Zeiten des demografischen Wandels

Digitale Informationen werden für die Gesellschaft immer wichtiger. Die digitale Gesundheitskompetenz der Bürger ist von zentraler Bedeutung dafür, dass die Einführung elektronischer Gesundheitsdienste erfolgreich verläuft. Jedoch verfügen die Bürger häufig nicht über die Kompetenzen, die nötig sind, damit sie Gesundheitsinformationen im Internet verstehen und beurteilen und bei Entscheidungen in Gesundheitsbelangen auf ihr Wissen zurückgreifen können. Bürger mit digitaler Gesundheitskompetenz können sich aktiver in die Gestaltung ihrer Gesundheitsversorgung einbringen (bessere Selbstverwaltung) und sind besser über Gesundheitsthemen informiert. Digitale Gesundheitskompetenz kann außerdem zu besserer Vorsorge einem gesünderen Lebensstil und der umsichtigeren, sichereren und zweckmäßigeren Anwendung von Arzneimitteln beitragen, die Teilhabe und Mitbestimmung von Patienten stärken und letztlich zu besseren Ergebnissen im Gesundheitsbereich führen.

Vor dem Hintergrund, dass der demografische Wandel anerkanntermaßen gesellschaftliche Probleme mit sich bringt, wird die Förderung von Kompetenzen und Fertigkeiten umso wichtiger. Damit die Gesundheits- und Pflegesysteme tragfähig bleiben können, muss in unserer rasch alternden Gesellschaft nicht nur die digitale Kompetenz der breiten Bevölkerung ausgebaut, sondern auch auf die berufliche Weiterbildung des Gesundheits- und Pflegepersonals gesetzt werden. Wir müssen verhindern, dass bestimmte Personengruppen aufgrund der Verwendung digitaler Geräte ausgegrenzt werden und folglich Ungleichheiten beim Zugang zu Dienstleistungen, Pflege und Behandlung entstehen. Digitale Kompetenzen sind immer häufiger für die effiziente Organisation der Pflege notwendig, und sie sind zugleich ein Mittel, um Pflegeberufe attraktiver zu machen und Kompetenzen zu erwerben, die weitere Beschäftigungsmöglichkeiten eröffnen.

Um die Probleme zu bewältigen, die der demografische Wandel mit sich bringt, und seine Chancen zu nutzen sind innovative Dienstleistungen, Systeme und Gesundheits- und Pflegeparadigmen sowie die eigenständige Lebensführung von entscheidender Bedeutung. Durch innovative Konzepte für nachhaltige Gesundheits- und Pflegesysteme kann beispielweise die Lebensqualität der Bürger gesichert und verbessert und ihnen ermöglicht werden, eigenständige und aktive Mitglieder der Gesellschaft zu bleiben, es können dadurch aber auch Geschäftsmöglichkeiten, Arbeitsplätze und Wachstum in einem Bereich geschaffen werden, in dem Automatisierung und IKT-gestützte Fertigung traditionelle Beschäftigungsmöglichkeiten gefährden.

Es wird geschätzt, dass in der EU bis 2020 bis zu zwei Millionen Fachkräfte im Gesundheitswesen und bis zu 20 Millionen häusliche Pflegekräfte fehlen. Zur Sicherung der europäischen Sozialsysteme muss eine Steigerung der Effizienz angestrebt werden. Erreichen lässt sich dies unter anderem dadurch, dass dem Gesundheits- und Pflegepersonal digitale Kompetenzen vermittelt werden und die Umsetzung der digital gestützten Gesundheitsversorgung und Pflege unterstützt wird.

Beispiele hierfür sind digital gestützte Lösungen für die Integration der Sozial- und Gesundheitsfürsorge, zur Prävention (von Stürzen), zur Prävention und Behandlung chronischer Erkrankungen und zur Selbstverwaltung der Pflege. Digitale Gesundheitskompetenz ist ein wichtiger Aspekt des lebenslangen Lernens, und durch die generationenübergreifende Kommunikation könnte zum weiteren Ausbau dieser Kompetenz beigetragen werden.

Renate Heinisch

Demokratie im demographischen Wandel

Vor ein paar Wochen war ich mit meiner Klasse bei einem Workshop zum Thema Demokratie. Diese Veranstaltung veranlasste mich dazu, darüber nachzudenken, was Demokratie eigentlich für mich selbst bedeutet.

Obwohl ich nach deutschem Gesetz noch nicht wählen darf, findet auch in meinem Alltag Demokratie statt. Selbst wenn es sich nur um die Wahl des Klassensprechers handelt oder um die Auswahl des Abendessens ist die Demokratie ein einfaches und gutes Mittel, um Entscheidungen zu treffen.

Vor einem Jahr führte meine Schule eine Junior-Wahl durch, bei der alle Schüler ab der achten Klasse wählen durften. Die Tatsache, dass es eine hohe Wahlbeteiligung gab, lässt darauf schließen, dass die Jugendlichen heutzutage doch an Politik interessiert sind. Außerdem waren die Ergebnisse deutlich anders als bei der Bundestagswahl.

Laut einer Studie* ist inzwischen die Mehrzahl der deutschen Wähler über 60 Jahre alt.

Sie entscheiden also im Grunde unsere Klima- und Sozialpolitik. Die Konsequenzen müssen wir Jugendliche tragen. Den Bedürfnissen von jungen Menschen wird das wenig gerecht. Ist das demokratisch?

Die Wahlen an sich bei uns sind es allemal. Aber warum beteiligen sich nicht alle! Altersgruppen an den demokratischen Mitbestimmungen durch eine Wahl?

Wir sollten Wahlen neu denken. Demokratie heißt auch aktives Mitgestalten, also auch zur Wahl gehen. In England haben gerade junge Menschen, heißt es, das beim Brexit-Referendum mit seinen noch nicht überschaubaren negativen Folgen versäumt.

Der demographische Wandel in ganz Europa ist sichtbar. Veränderungen sollten früh beginnen. Warum also nicht schon mit 16 Jahren wählen? Wie seit 2007 schon in Österreich.

Ein an Politik interessierter Jugendlicher ist mindest kompetent wie ein nicht interessierter Erwachsener!

JAKOB

Hört auf, zuzuschauen - fängt an, zu handeln!

Globale Erwärmung, Klima-Veränderung: Nur zwei Wörter, die ab und zu mal in den Nachrichten fallen. Als große Bedrohung wird dieses Problem nicht gesehen.

Greta Thunberg veränderte diese falsche Denkweise vieler durch zum Nachdenken anregende Reden und Handlungen. Schulstreiks, die inzwischen in vielen Teilen der Welt jeden Freitag stattfinden, sollen den Menschen und insbesondere den Politikern die Augen öffnen. Bisher wird zu viel verharmlost und werden notwendige Entscheidungen hinausgezögert.

Viele meinen, man könne nicht als Minderheit erfolgreich sein. Doch manche Mehrheit war mal eine Minderheit. Schließlich war auch Greta anfangs allein. Sie hatte kaum Mitstreiter. Jetzt gehen mehr und mehr Jugendliche gegen den Klimawandel auf die Straße. „Wir sind nicht genügend“, reicht dabei nicht mehr als Ausrede.

Es steht nicht erst seit heute fest, dass die globale Erwärmung eine zunehmende Bedrohung für uns ist. Lange genug haben zu wenige etwas dagegen getan. Zu viele haben weggehört. Fühlte sich keiner bisher dafür richtig verantwortlich? Hängt nun alles von uns ab, den Schülerinnen und Schülern und Jugendlichen, denen etwas an der Zukunft liegt?

Längst ist die Zeit gekommen, zu verändern und nicht verändern zu lassen. Es reicht nicht mehr, nur zuzuschauen. Es reicht nicht mehr, nur abzuwarten und nichts zu tun. Wir sind längst an einem Punkt angekommenen, wo jedem bewusst sein sollte, dass wir von einer Krise reden.

Wir wurden in diese Katastrophe hineingeboren, um sie zu verhindern.

LARA

Der Fokus: Das Gleichgewicht der Demokratie in einer globalisierten Welt

Das Ziel der Politik liegt in der Sicherstellung des Gemeinwohls. Die Weltpolitik sollte den globalen Anforderungen entsprechen. Und eine der größten Gefahren für die Zukunft der Menschheit ist, meiner Meinung nach, die Armut. Demokratie ist sehr wichtig, aber sie löst nicht automatisch das Problem der Armut. Forschungen haben ergeben, dass die Demokratie in schwach entwickelten Ländern einen geringen Einfluss auf das wirtschaftliche Wachstum hat. In schwachen Volkswirtschaften spielen die Eigenschaften der an der Macht befindlichen Eliten eine größere Rolle als institutionelle Vereinbarungen (demokratischer oder sonstiger Art). Deren Fähigkeit, der Versuchung des Egoismus und des *Rent-Seeking* zu widerstehen, hat einen unmittelbaren Einfluss auf die Entwicklung des betreffenden Landes. Insbesondere, da die Amtszeiten der Regierungschefs in Entwicklungsländern in vielen Fällen sehr lang sind und sich über Jahrzehnte erstrecken. Der Einfluss der Demokratie auf die Entwicklung und deren Bedeutung für bestimmte Gesellschaften nehmen mit dem Einkommensniveau zu.

Es ist wissenschaftlich erwiesen, dass Länder, deren Eliten auf Entwicklung eingestellt sind, sich schneller entwickeln. In autoritären Regierungssystemen stellt die Erneuerung der Staatsführung ein Problem dar. Die Regierungschefs verausgaben sich mit der Zeit. Dies ist unvermeidbar und unabhängig davon, wie sie an die Macht gekommen sind. Ohne eine regelmäßige Erneuerung der Regierung ist es unmöglich, eine Selbstgefälligkeit der Regierenden zu vermeiden. Und die Selbstgefälligkeit des Staatsoberhauptes wird zum Entwicklungshindernis. Zwar wissen gute Regierungschefs, wann es an der Zeit ist, aus der Regierung auszusteigen, entweder durch Rücktritt oder durch Übergang in den Ruhestand, jedoch ist das Vertrauen auf den guten Willen einzelner Personen keine systemische Lösung. Das politische System sollte eine zyklische Erneuerung der Staatsführung vorschreiben.

Die Demokratie ist in diesem Aspekt erfolgreicher, denn in einer echten Demokratie erfolgt die Erneuerung der Regierung im Rahmen von Wahlen, wodurch sichergestellt wird, dass die Beständigkeit der Regierung nicht vom Willen des Regierenden abhängt. In autoritären Systemen stellt die Übergabe der Staatsführung einen komplizierten Prozess dar, der häufig zu einer politischen Krise führt. Aus der entwicklungsfördernden Perspektive ist es wichtig, dass systematische Änderungen in der Regierung große Vorteile mit sich bringen. Die Personen, die die Führung übernehmen, sind vorsichtig, weil die Wahrscheinlichkeit hoch ist, dass ihnen die Macht entzogen wird, wenn sie den Staat nicht gut regieren. Auf diese Weise bekommen die Bürger unter demokratischen Voraussetzungen das Gefühl der Mitwirkungsmacht. Durch eine regelmäßige Übergabe der Staatsführung können die Bürger darauf hoffen, dass die neuen Regierungschefs neue Regeln, Programme und Ansätze umsetzen. Und genau darum geht es.

In der Praxis zweifelt niemand daran, dass die Globalisierung Auswirkungen auf viele gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Prozesse hat. Der Schlüssel zur Zukunft der Welt liegt daher in der Fähigkeit der internationalen Gemeinschaft, Probleme zu lösen, deren Auftreten unvermeidbar ist. Wenn man extreme Armut zu solchen Problemen zählt, ist den afrikanischen Ländern südlich der Sahara die größte Priorität einzuräumen, da dort die meisten Menschen von diesem Problem betroffen sind. Und dies wird sich in der absehbaren Zukunft nicht ändern. Die Auswertung von Indikatoren im Zusammenhang mit der Überwachung der *Ziele für nachhaltige Entwicklung* (SDG), die bis zum Jahr 2030 erreicht werden sollen, weist eindeutig darauf hin, dass die afrikanischen Länder südlich der Sahara bis dann die ärmste Region der Welt sein werden. Gleichzeitig ist es das Gebiet, in dem die Geburtenrate und die Prognosen des Bevölkerungswachstums am höchsten sind. Schätzungen zufolge wird die Bevölkerung in Afrika bis 2050 auf 2,5 Milliarden Menschen angestiegen sein – und bis 2100 auf 4,4 Milliarden.

Der sierra-leonische Philosoph George M. Carew kritisiert die globalen wirtschaftlichen und politischen Regeln und behauptet, dass die derzeitige Weltordnung, die als wirtschaftlicher Globalismus bezeichnet wird, die Demokratisierungsprozesse in Afrika abschwächt. Und gerade die Demokratie betrachtet er als den Weg zum Wohlstand und zur Entwicklung. Aus diesem Grund fordert er die Demokratisierung der Weltordnung und die Änderung der, seiner Meinung nach, ungerechten Regeln. Ein Wandel der Weltordnung ist ein sehr schwieriges Unterfangen und G. M. Carew hat diesbezüglich keine konkreten Lösungsvorschläge. Die internationale Gemeinschaft kann – unabhängig davon, dass es derzeit kein alternatives und anerkanntes Weltordnungsmodell gibt – etwas für Afrika tun, nämlich lokale Entwicklungsstrategien und demokratische Bewegungen in allen ihren Formen unterstützen. Die Demokratie erfordert besondere Unterstützung von diesen Entwicklungspartnern, für die sie einen eigenständigen Wert und die bevorzugte Regierungsform darstellt. Aber nicht alle Akteure im Entwicklungsprozess sehen dies so.

Es gibt keine Zweifel, dass die Globalisierung zu einer stärkeren Völkerwanderung beiträgt. In Afrika liegen viele Push-Faktoren vor, die zur Migration anregen. Hierbei handelt es sich sowohl um wirtschaftliche Faktoren wie Unterentwicklung, extreme Armut, Mangel an angemessener Gesundheitsversorgung, Defizite beim Zugang zur Bildung, strukturelle Arbeitslosigkeit und niedrige Löhne als auch um politische Faktoren wie Instabilität und bewaffnete Konflikte, niedriges Niveau an Sicherheit (Verbrechen, Terrorismus), schlechte Regierungsqualität (Korruption, Vetternwirtschaft) und Einschränkung von Rechten und Freiheiten. Der kamerunische [Philosoph](#), [politische Theoretiker](#) und [Historiker](#) Achille Mbembe meint: „Der Westen muss seine Tore für Menschen öffnen, die aus dem Nahen Osten und Afrika fliehen. Sie bitten nicht um Zuflucht,

um zu vergewaltigen und Krankheiten zu verbreiten. Sie wollen nur überleben. Es ist eine Konsequenz des Kolonialismus und des habgierigen Kapitalismus.“ Der Westen ist ohne Frage moralisch mitverantwortlich für das Schicksal der ärmsten Menschen auf der Welt.

Das „Öffnen der Tore“ ist jedoch nicht das Einzige, was die Reichen für die Armen tun können. Die Europäische Union und deren Institutionen – darunter das Europäische Parlament – haben bei ihren Bemühungen, die Entwicklungspolitik wirksamer zu gestalten, erhebliche Erfolge erzielt. Die Unterstützung der Demokratie und der Menschenrechte sowie der Bürgerrechte auf der ganzen Welt gehört zu den vielen Herausforderungen, vor denen die Europäische Union kontinuierlich steht. Die Union kann sich auch mehr dafür einsetzen, dass die *Politikkohärenz im Interesse der Entwicklung* (PKE) umgesetzt und der Grundsatz der *politischen Konditionalität* konsequenter angewandt wird. Darüber hinaus kann sie ihre normative Autorität stärken, indem sie für weniger entwickelte Länder den gleichen Maßstab anwendet. Die Mitgliedstaaten andererseits sollten ihre Zusagen in Bezug auf die *öffentliche Entwicklungshilfe* (ODA) einhalten. Eine bessere Zukunft ist durchaus möglich.

Filip Kaczmarek

DIE ROADMAP FÜR EINE BESSERE, GERECHTERE UND NACHHALTIGERE WELT.

Es gibt keine Ausreden mehr. Wir haben eine Vision, den Plan und die Leitlinien für eine bessere, gerechtere und nachhaltigere Welt. Alle 193 Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen nahmen im September 2015 die Agenda 2030 an – mit der eindeutigen Verpflichtung, die Welt zu verändern und Fortschritte auf dem Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung zu machen, damit künftige Generationen in einer besseren Welt leben können. Die 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung umfassen insgesamt 92 Absätze. Außerdem gibt es 169 Zielvorgaben sowie eine Reihe von Indikatoren zur Überwachung ihrer schrittweisen Umsetzung. Alle EU-Mitgliedstaaten haben entschlossen dazu beigetragen, dass diese allgemeingültige Agenda angenommen wurde. Und doch steht vier Jahre später fest: Die Umsetzung geht viel zu langsam vonstatten. Die EU ist zwar die am weitesten entwickelte Region der Welt, aber kein Mitgliedstaat erfüllt die Anforderungen. Außerdem müssen wir denjenigen helfen, die weniger fortschrittlich sind als wir.

Die 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung sind miteinander verknüpft und als untrennbare Einheit zu verstehen: Fortschritte bei einem Ziel wirken sich positiv auf die anderen aus – und umgekehrt. Deshalb dürfen wir uns nicht auf einige wenige Ziele für nachhaltige Entwicklung konzentrieren, denn nur wenn wir jedes einzelne Ziel umsetzen, können wir eine umfassende nachhaltige Entwicklung erzielen.

Wie die erste allgemeingültige Agenda werden die Ziele für nachhaltige Entwicklung zu einer Universalsprache für die nachhaltige Entwicklung mit messbaren, prüfbar und in jedem Land und Kontext gültigen Konzepten, die den Gedanken der Menschlichkeit und der gemeinsamen Verantwortung stärken. Für diese Konzepte gelten fünf Schlagworte: Menschen, Planet, Wohlstand, Frieden und Partnerschaft. Mit dieser Agenda schaffen wir eine Welt ohne Armut, ohne Hunger und ohne Krieg: eine Welt, in der alle Männer und Frauen gleiche Chancen haben, in der inklusiver Fortschritt im Einklang mit unserem Planeten und seiner Biodiversität möglich ist. Das ist ein gemeinsames Ziel, eine Aufgabe für alle Beteiligten unserer Gesellschaft: Zivilgesellschaft, Unternehmen und Regierungen.

Deshalb stufen wir diese Agenda oftmals als neuen weltweiten Sozialvertrag der globalen Gerechtigkeit und auch der globalen Bedürfnisse ein. Wir dürfen nicht wegschauen, wenn die Erde und der gesellschaftliche Zusammenhalt in Gefahr sind. Wir wissen, dass es viele Gefahren gibt, aber mit dieser neuen Sprache haben wir die Mittel, es als geschlossene Gemeinschaft mit ihnen aufzunehmen. Als Hilfsmittel liefern uns die Ziele für nachhaltige Entwicklung neue Paradigmen wie eine bessere landwirtschaftliche Erzeugung (Ziel 2), Anstöße und Unterstützung für Gemeinden in verschiedenen Bereichen (Ziele 6, 7, 9, 11), Energie aus erneuerbaren Quellen (Ziel 7), Finanzinstitute im Dienste der Gesellschaft (Ziele 8, 9, 10, 16, 17), neue Produktions- und Verbrauchsverfahren auf der Grundlage von Innovationen und der Achtung der Umwelt (Ziele 9, 12), Widerstandsfähigkeit und Nachhaltigkeit unserer Städte (Ziel 11) oder die Kreislaufwirtschaft (Ziel 12). Was diesen globalen Plan unterscheidet, ist, dass seine Gestaltung in der Wirklichkeit verankert ist – und zwar mit ganz konkreten Mitteln.

Eins ist klar: Wenn wir alle die Schritte tun, die nötig sind, um die Agenda anzunehmen und anzuwenden, ist der Erfolg garantiert. Wir haben die Indikatoren, die wir brauchen, um die Fortschritte zu bewerten und uns Gewissheit darüber zu verschaffen. Genauer gesagt, es handelt sich um von der UNO genehmigte Indikatoren, die jedes Land so anpasst, dass sie seinem Fortschrittsniveau angemessen sind.

Als überzeugte Verfechterin des europäischen Gedankens ist die Agenda 2030 für mich auch eine Agenda für das Europa, das wir wollen: ein inklusiveres Europa, in dem nicht nur der Umweltschutz Priorität hat, sondern das auch den ökologischen Wandel anführt, gegenüber weniger entwickelten Ländern großzügig ist, hohe Anforderungen an die Achtung der Menschenrechte stellt und weltweit führend ist, wenn es um Wissenschaft und Technik im Dienste der Menschheit geht. Tatsächlich ist dies das beste Mittel gegen Bewegungen, die die Fortschritte des europäischen Aufbauwerks, die grundlegende Solidarität oder den Klimaschutz in Frage stellen und gefährden. Diese Bewegungen sind Teil der Reaktion eines Teils der Gesellschaft, der sich vergessen fühlt, den Preis für die Krise zahlen musste und immer noch den Preis für den Wandel hin zu der neuen Gesellschaft zahlt, die die Globalisierung mit sich bringt. Deshalb müssen wir uns jetzt mehr denn je für die Agenda 2030 einsetzen, damit niemand zurückbleibt.

Wir wollen ein Europa, das zusammenhält, ein innovativeres Europa, in dem die Grundsätze gewahrt werden, die uns zu den weltweiten Hütern des Friedens, des Wohlstandsstaats, der Menschenrechte und der Demokratie im weitesten Sinne machen. Die zentrale Rolle, die wir auf der internationalen Bühne spielen, verpflichtet uns auch, weiter Fortschritte zu machen, damit unser Wohlstand und der Rechtsstaat überall auf der Welt zur Norm werden. Deshalb müssen bei der Umsetzung der Ziele für nachhaltige Entwicklung stets unbedingt die Innen- und die Außenpolitik kohärent sein.

Die spanische Regierung setzt sich für ein egalitäres, gerechteres und nachhaltigeres Land ein. Deshalb hat sie die Agenda 2030 in den Mittelpunkt ihrer Innenpolitik gestellt und ein Hohes Kommissariat eingerichtet, das die Maßnahmen der Behörden koordiniert und die Verbreitung der Ziele für nachhaltige Entwicklung sowie die Einbeziehung aller an ihrer Umsetzung fördert. Wir sind in hohem Maße verpflichtet, mit der Unterstützung aller gesellschaftlichen Akteure die schwerwiegenden Ungleichheiten zu überwinden, die in der Bevölkerung herrschen, und die am stärksten gefährdeten Menschen zu schützen. Deshalb hat sich die Regierung an die Arbeit gemacht und befasst sich mit Themen

wie der Universalisierung der Gesundheit, der Erhöhung des Mindestlohns, der Ausarbeitung eines Plans für den Energiewandel und vielen anderen konkreten Maßnahmen.

Unser Engagement gilt voll und ganz auch für die EU. Deshalb will Spanien, dass die Organe der EU bei der Umsetzung der Agenda 2030 in den vielen Bereichen mit ausschließlicher oder gemeinsamer Zuständigkeit mit gutem Beispiel vorangehen, während wir uns verstärkt für die Umsetzung der Ziele für nachhaltige Entwicklung in allen EU-Mitgliedstaaten einsetzen. Wir müssen alle europäischen politischen Maßnahmen an den globalen Rahmen anpassen, den diese neue Agenda darstellt – ob Landwirtschaft, Fischerei, Klimaschutz, Kohäsion, Mobilität, Innovation oder Handel. Sie alle müssen im Rahmen der nachhaltigen Entwicklung gestaltet werden. Außerdem müssen die finanziellen Mittel, die die EU verwaltet – der mehrjährige Finanzrahmen, der so sehr zu einem stärker geeinten Europa mit mehr Zusammenhalt beiträgt –, im Sinne der globalen Nachhaltigkeit ausgerichtet werden, zu der wir uns in der UNO verpflichtet haben.

Als Rechtsetzungsinstanz und wichtiger politischer Führer in der EU kommt dem Europäischen Parlament grundlegende Bedeutung zu. Deshalb muss es zu einem Raum der Förderung europäischer politischer Maßnahmen werden, die im Einklang mit den Verpflichtungen im Rahmen der Agenda 2030 stehen, und das sowohl im Inneren als auch im auswärtigen Handeln. Als ehemalige Mitglieder des Europäischen Parlaments und Parlamentsmitglieder brauchen wir Ihre Stimme und Ihre Führung bei der Förderung und Umsetzung dieser Agenda mehr denn je. Verbreitung, Mobilisierung und Rechenschaftspflicht sind so dringend erforderlich wie noch nie. Wir zählen auf Sie.

Cristina Gallach

CYBERSICHERHEIT UND VERTEIDIGUNG IN EINER GLOBALISIERTEN WELT

Eine globalisierte Welt wäre ohne Fortschritte in der Cybertechnologie undenkbar. Beides entwickelt sich parallel: Das eine würde es ohne das andere nicht geben.

Aber unabhängig davon, wie globalisiert die Welt auch immer sein mag, Grenzen sind als Konzept noch immer sehr gegenwärtig – mittlerweile nehmen sie im politischen Diskurs sogar mehr Raum ein als noch vor wenigen Jahren; es gibt viele Politiker, die Grenzen verstärken und überall Mauern bauen wollen, anstatt diese niederzureißen. Während in der Cyberwelt genau das Gegenteil der Fall ist: Grenzen stellen ein überholtes und schwer durchsetzbares Konzept dar. Dies macht auch eines der wichtigsten Probleme aus, wenn es darum geht, Cyberkriminalität zu bekämpfen: Es ist schwer zu bestimmen, wo der Straftatbestand begangen wurde, der sich oftmals in mehreren gerichtlichen Zuständigkeiten abspielt. Daher ist eine polizeiliche Zusammenarbeit von grundlegender Bedeutung – der jedoch Staaten und sogar EU-Mitgliedstaaten noch immer zurückhaltend gegenüberstehen. Wenn wir wirksame Ergebnisse erzielen wollen, müssen wir in der Europäischen Union die polizeiliche, justizielle, militärische und politische Zusammenarbeit weiter ausbauen. Durch Europol, Eurojust, EUSTA und GSVP-Missionen muss die Zusammenarbeit in den Bereichen Cybersicherheit und Verteidigung vertieft werden. Wir müssen Organisationen wie ENISA und EC3 stärken.

Der Cybersicherheit und der Verteidigung kommt mittlerweile bei jeder Tätigkeit eine zentrale Bedeutung zu: Ein wichtiges Ziel in dieser neuen Welt ist die Prävention.

Im Rahmen dieser stärker globalisierten und vernetzten Welt gibt es viele neue Wege, Opfer von kriminellen Organisationen zu werden, die oftmals einen Vorsprung gegenüber der Strafverfolgung haben und denen mehr Mittel zur Verfügung stehen, sei es nun bei ganz gängigen Straftatbeständen, etwa bei Diebstahl (von Kreditkarteninformationen oder personenbezogenen Daten), oder bei schwerer organisierter Kriminalität, bei der es unter anderem um Lösegeld-Trojaner oder um Geldwäsche zur Finanzierung terroristischer Aktivitäten geht und die sich unmittelbar auf das Leben der Menschen auswirkt (beispielsweise bei dem mit Lösegeldforderungen einhergehenden Angriff durch das Schadprogramm WannaCry im Jahr 2017, das gegen Krankenhäuser gerichtet war). Diese Straftatbestände spielen sich an einer Schnittstelle zwischen Sicherheit und Verteidigung ab, da sie die nationale Sicherheit eines Staates oder der gesamten Union betreffen und deswegen eine ganzheitliche innere bzw. äußere Reaktion erfordern.

Dies trifft bei Cyberkriminalität zu, wenn dabei kritische Infrastrukturen, beispielsweise Kraftwerke oder Kernkraftwerke, betroffen sind (wie dies bei dem Stuxnet-Angriff im Jahr 2010 der Fall war) oder wenn Trolle im Internet oder Falschmeldungen eingesetzt werden und Einmischungen in Wahlen stattfinden, die als neue Form der hybriden Kriegsführung oder der Vereinnahmung von Regierungen gelten.

All diese Herausforderungen und Bedrohungen erfordern eine ausgefeilte Strategie in den Bereichen Cybersicherheit und Verteidigung, die kein Staat im Alleingang sicherstellen kann: Die EU-Mitgliedstaaten müssen viel aktiver werden, um ihre Maßnahmen, Strategien und Systeme in den Bereichen Cybersicherheit und Cyberabwehr aufeinander abzustimmen.

In einer Welt, in der sich die Technologie schneller entwickelt, als wir uns dies je hätten vorstellen können, und staatliche und nichtstaatliche Akteure dabei sind, eine Macht im orwellischen Ausmaß an sich zu ziehen, um Einzelpersonen und Gesellschaften zu beeinflussen, ist es von grundlegender Bedeutung, dass sich die EU auf ihre globale Regulierungsaufgabe besinnt, um dafür Sorge zu tragen, dass die universellen Menschenrechte und Freiheiten in der EU und weltweit – auch in der Cyberwelt – eingehalten und durchgesetzt werden.

Ana Gomes

DIE EUROPÄISCHE UNION UND DIE GLOBALISIERUNG

Es ist interessant, diesen Artikel im Jahr 2019 zu verfassen, wenn wir den 500. Jahrestag der Weltumsegelung von Fernão de Magalhães feiern, die im Anschluss an andere Annäherungen an den asiatischen Kontinent unternommen wurde, insbesondere nach der Ankunft von Vasco da Gama in Indien im Jahr 1498.

Wenn man zurückblickt, ist der Umstand erstaunlich, dass die Weltwirtschaft damals von Asien dominiert wurde und dass diese Dominanz über mehr als drei Jahrhunderte andauerte. China und Indien machten noch vor zweihundert Jahren, nämlich im Jahr 1820, 42,1 % des weltweiten BIP aus.

Dann begannen andere Länder einen Aufschwung zu erleben, darunter europäische Länder, die Vereinigten Staaten und Japan. Diese drei Wirtschaftsräume bildeten im 20. Jahrhundert eine „Triade“ in der Wirtschaft.

Die Europäische Union weist heutzutage nach wie vor das größte BIP weltweit auf, aber ihre Rolle als größter Handelsraum, Hauptziel für ausländische Direktinvestitionen und auch größter Geber finanzieller Entwicklungshilfe (die in den meisten Fällen von den Mitgliedstaaten und nicht aus dem Unionshaushalt zur Verfügung gestellt wird) ist noch viel bedeutender.

In den letzten drei Jahrzehnten konnte jedoch in anderen Volkswirtschaften ein enormes Wachstum verzeichnet werden, wobei das Wachstum Chinas und Indiens aufgrund ihrer Wirtschafts- und Bevölkerungsgröße von besonderer Bedeutung ist. Nach einigen Schätzungen werden diese beiden Länder bis 2050 45 % des weltweiten BIP ausmachen (China verzeichnet derzeit ein Wachstum von 6,6 % und Indien von 7,4 %).

Da beide Volkswirtschaften bei zahlreichen Waren und Dienstleistungen mit der Europäischen Union im Wettbewerb stehen, könnte befürchtet werden, dass dies zu Protektionismus und zur „Verteidigung“ unserer Investitionen und unserer Arbeitsplätze führen würde.

Dies ist jedoch nicht der Fall, da die eingenommenen Haltungen und die angewandte Praxis in Richtung Freihandel gehen: Die Einfuhr von Waren zu niedrigeren Preisen kommt sowohl unseren Verbrauchern als auch unseren Erzeugern zugute, die eingeführte Produkte bei der Herstellung ihrer Waren verwenden, und durch das Wachstum neuer Mächte werden mehr Möglichkeiten eröffnet, die Waren auszuführen, bei denen wir wettbewerbsfähig sind.

Die verfolgte Strategie – die Strategie Europa 2020 (COM(2010)2020 vom 3. März 2010) – ist in dieser Hinsicht sehr deutlich. In dieser Strategie wird anerkannt, dass ein „Teil des Wachstums, das Europa im kommenden Jahrzehnt erzielen muss“, durch die Stärkung der Mittelschicht in den Schwellenländern kommen muss, die „Waren und Dienstleistungen einführen, bei denen die Europäische Union über komparative Vorteile verfügt“, und es wurden drei Prioritäten zur Stärkung „eines Binnenmarktes für das 21. Jahrhundert“ festgelegt, nämlich die Förderung eines intelligenten, nachhaltigen und integrativen Wachstums. Das jüngste Reflexionspapier mit dem Titel „Die Globalisierung meistern“ (COM(2017)240 vom 10. Mai 2017) ist ebenfalls sehr eindeutig. Darin wird der Freihandel verteidigt, und es wird hervorgehoben, dass die Globalisierung „als positive Kraft den Wandel“ vorantreibt, natürlich mit Maßnahmen, mit denen bewährte Verfahren im internationalen Handel sichergestellt werden.

Einige halten uns jedoch für blauäugig und vertreten die Ansicht, dass wir nicht in der Lage wären, im Kontext der Globalisierung mit den Schwellenländern im Wettbewerb stehen zu können, in denen die Arbeitskraft viel günstiger und die sonstigen Kosten viel niedriger sind oder in denen nicht die gleichen sozialen und ökologischen Anforderungen herrschen. Glücklicherweise sprechen die Erfahrungen Europas für sich, insbesondere im Euro-Währungsgebiet, das den größten Leistungsbilanzüberschuss weltweit aufweist: Im Jahr 2018 verzeichnete Europa einen Überschuss von 438,7 Milliarden Dollar und lag damit deutlich über dem weltweit zweitgrößten Überschuss, nämlich über dem Überschuss Chinas.

Die zu verfolgende Strategie muss daher eine Strategie der Öffnung sein – sowohl in unserem Interesse als auch im Interesse der anderen Regionen der Welt –, indem wir einen anspruchsvollen Weg einschlagen, der insbesondere die Stärkung unserer Wirtschafts- und Währungsunion erfordert.

Auf diese Weise gewinnen wir mehr Stärke mithilfe der zunehmenden Möglichkeiten, die durch einen größeren Markt geboten werden. Dieser Vorteil erstreckt sich aber auch auf andere Länder der Welt. Beispielsweise kommt auch Unternehmen, die hier im Wettbewerb stehen möchten, zugute, dass unsere Grenzen offen sind, die 28 Mitgliedstaaten über gemeinsame technische Normen verfügen und Zahlungen in einer einzigen Währung getätigt werden können, die bereits in 19 Mitgliedstaaten einheitlich ist – einige dieser Mitgliedstaaten sind für die Unternehmen von großer Bedeutung.

Die Europäische Union zieht im Rahmen einer angemessenen und anspruchsvollen Strategie Nutzen aus der Globalisierung und trägt dazu bei, dass sie auch den anderen Völkern der Welt zugutekommt.

Manuel Porto

Der Verein der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments zu Gast in Mangaluru

Ich verspüre eine tiefe Verbundenheit mit Indien und war wirklich sehr erfreut, als ich vom Verein der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments als Gastredner an die Universität Mangaluru nach Südindien eingeladen wurde.

Mangaluru, eine Küstenstadt im Bundesstaat Karnataka, ist sicherlich nicht das Top-Reiseziel für Touristen. Angesichts der Schönheit ihrer Tempel, Moscheen und des nahegelegenen Hügellandes sollte sie das aber unbedingt sein. Neben den Touristenattraktionen kann Mangaluru, wahrscheinlich zur Überraschung vieler, auch in Sachen Lebensqualität punkten. Mangaluru ist die lebenswerteste Stadt Indiens und gehört zu

den 50 lebenswertesten Städten der Welt. Noch beeindruckender ist aber, dass Mangaluru die Stadt mit dem zwölftbesten Gesundheitswesen der Welt ist.

Der Campus der Universität befindet sich in einem grünen Vorort von Mangaluru, und das Postgraduate Center liegt in Chikka Aluvara. Ich habe in beiden Einrichtungen Vorträge gehalten und wurde mit der für Indien typischen Höflichkeit und intellektuellen Neugierde begrüßt. Die Universität hat außerdem ein College im Stadtzentrum, in dem ich ebenfalls einen Vortrag halten durfte. Dort werden Master-of-Arts-Abendkurse für Berufstätige angeboten, die sich weiterbilden möchten. Das deckt sich mit einem meiner größten Anliegen im Bildungsbereich, dem lebenslangen Lernen.

Darüber hinaus habe ich einen Gastvortrag an der Universität Manipal gehalten, einer der modernsten Bildungseinrichtungen, die ich je gesehen habe.

Besonders reizvoll am intellektuellen Leben in Indien ist die Höflichkeit des Austauschs. Man bekommt selten das Gefühl, dass die Fragenden zeigen wollen, wie schlau sie sind. Stattdessen herrscht die reine Freude an der Begegnung, ohne Angst vor Meinungsverschiedenheiten.

Als ich vor der örtlichen Handelskammer sprach, wurde angesichts der vielen Handelsbeziehungen zwischen Indien und dem Vereinigten Königreich große Besorgnis über die Auswirkungen des Brexit geäußert. Auch über die Beziehungen zwischen der EU und Indien zeigte man sich besorgt. Ich habe den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss bei einem Bericht über die Ideen der Kommission zum Thema „Konnektivität zwischen der EU und Asien“ beraten, in dem die ungeheure Komplexität Asiens offen gesagt wenig Beachtung findet. Indien ist ein schwieriger Partner für die EU, nicht zuletzt, weil das Land durch seine Größe eine ähnlich starke Verhandlungsposition wie die EU innehat.

„Europa“ bleibt größtenteils ein geografisches Konzept, kein politisches. Die großen Mitgliedstaaten der EU sind sicherlich allen bekannt, aber das Ausmaß, in dem das moderne Europa innerhalb der EU integriert ist, wird kaum geschätzt.

Mein Gastgeber, Professor Amin, war ein wahrer Quell des Wissens über Indien. Er organisierte wunderbare Ausflüge zu Tempeln, Moscheen und den nahegelegenen ehemaligen Erholungsorten der höheren Beamten der britisch-indischen Kolonialverwaltung in der Region Kadagu, die für ihre Gewürze, exotisch-aromatischen Weine und Kaffees bekannt ist. Indiens mehrsprachiger, multikultureller Charakter ist atemberaubend. Die Fähigkeit der Inderinnen und Inder, Englisch als Lingua franca zu verwenden, während sie auch noch ihre Muttersprache und eine Regionalsprache sprechen, ist beeindruckend.

Denjenigen, die die Vielfalt Europas zu Recht würdigen, empfehle ich, nach Indien zu fahren, um unsere Vielfalt in eine globale Perspektive zu rücken.

Michael Hindley

ANDREW DUFF IN LWIW (LEMBERG), MÄRZ 2019

Im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen in der Ukraine wurde ich zur Jahreskonferenz des Ukrainischen Verbands der Professoren und Wissenschaftler im Bereich europäische Integration (APREI) und der Ukrainischen Vereinigung für Völkerrecht (UAIL) am 19./20. März in Lwiw eingeladen. Unter den Teilnehmern, die aus der gesamten Ukraine stammten, befanden sich auch Personen, die von der Krim und aus dem Donbass vertrieben worden waren.

Im Zentrum der Aufmerksamkeit stand das 2014 unterzeichnete Assoziierungsabkommen zwischen der Ukraine und der EU. Nur sehr wenige der ukrainischen Teilnehmer beschäftigten sich eingehend mit der Analyse der Ursprünge, der Verhandlungen und der Ratifizierung des umstrittenen Abkommens; der Mehrheit ging es darum, ihre Unzufriedenheit über die vorgeblich bestehende Ungerechtigkeit aufgrund der asymmetrischen Vertragsbedingungen zum Ausdruck zu bringen. Es wurde deutlich, dass das Potenzial des Assoziierungsabkommens von der Regierung in Kiew nicht ausgeschöpft wird. Die politische Landschaft in der Ukraine ist nach wie vor von Korruption geprägt und von Oligarchen dominiert, und sie wurde durch die russische Invasion in hohem Maße destabilisiert. Die Zivilgesellschaft ist insbesondere im säkularen Bereich schwach. Der EU wird vorgeworfen, dass sie der Ukraine harte Bedingungen auferlegt und damit die Bestrebungen des Landes, der EU als vollwertiges Mitglied beizutreten, behindert.

Ich erklärte das Wesen und die Zielsetzung des Assoziierungsabkommens aus Sicht der EU und erläuterte, wie problematisch eine weitere Erweiterung gegenwärtig im Allgemeinen und im Hinblick auf die Ukraine im Besonderen wäre. Ich legte dar, dass die EU derzeit zu schwach ist, um eine territoriale Ausdehnung in Osteuropa in Betracht zu ziehen, und beschrieb die Elemente, die die Debatte über die „Zukunft Europas“, darunter insbesondere Fragen der Rechtsstaatlichkeit, prägen. Auch wies ich darauf hin, dass Erklärungen von Präsident Tusk, in denen er die europäischen Bestrebungen der Ukraine begrüßt, nicht etwa einen diesbezüglichen Konsens in Brüssel widerspiegeln.

Ein großes Interesse bestand am Brexit, und viele Redner wiesen angesichts der beiden Ländern gemeinsamen Schwierigkeiten aufgrund ihrer geografischen Lage an der Außengrenze der Union auf Analogien zwischen der Ukraine und dem Vereinigten Königreich hin. Ich erklärte, dass es schwieriger ist, die EU zu verlassen, als ihr beizutreten, und fragte, ob das künftige Assoziierungsabkommen zwischen Großbritannien und der EU anderen Ländern, darunter auch die Ukraine, Hoffnung geben könnte. Wäre das Assoziierungsabkommen zwischen der Ukraine und der EU möglicherweise ein Vorbild für die Verhandlungen zwischen Großbritannien und der EU?

In einer zweiten Veranstaltung habe ich vor einer großen Gruppe Studierender der (staatlichen) Nationalen Ivan-Franko-Universität Lwiw und der (privaten) Ukrainischen Katholischen Universität gesprochen. Es kam zu einem langen und lebhaften Meinungs austausch, und es beeindruckte mich, wie wichtig es den Fürsprechern der EU war zu betonen, dass die Werte und Grundsätze der Europäischen Union die der freiheitlichen Demokratie sind. Viktor Orban ist für europäische Studierende kein Vorbild.

Ich wurde auch daran erinnert, wie notwendig es ist, dass junge Menschen ein fundiertes Wissen über die Geschichte ihrer eigenen Nation erwerben. Es war besorgniserregend, dass nur sehr wenige Studierende Interesse an der vorsowjetischen Geschichte der Ukraine erkennen ließen oder daran interessiert waren, Zusammenhänge zwischen ihrer Geschichte und ihrer Zukunft herzustellen. Nicht einmal in

Lwiw/Lwów/Lemberg gibt es hundert Jahre nach dem Ende der Habsburger Monarchie erkennbare Bemühungen, die Geschichte dieser bemerkenswerten Stadt zu thematisieren, und insbesondere ihre frühere jüdische Prägung scheint den Menschen völlig gleichgültig zu sein.

Ich bin sehr dankbar für die ausgezeichnete Organisation meines Aufenthalts und die herzliche Gastfreundschaft meiner ukrainischen Gastgeber. Das Programm „EP to Campus“ erfreut sich großer Wertschätzung.

Andrew Duff

Gemeinsame Veranstaltung mit EPRS und EUI

Seit der ersten Direktwahl zum Europäischen Parlament sind nunmehr 40 Jahre vergangen – ein hervorragender Anlass, die europäische Demokratie zu feiern!

Die Vereinigung der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments mit dem nach wie vor unverändert engagierten Präsidenten Pöttering an der Spitze feierte diesen Meilenstein durch zwei Podiumsdiskussionen, bei denen ein Rückblick und eine Vorausschau vorgenommen wurden. Die akademische Gemeinschaft wurde dabei durch die Professoren Wasserberg, Kaiser und Wardouzet vertreten. Aufbauend auf der von ihnen präsentierten theoretischen Grundlage unternahmen vier ehemalige Präsidenten des Europäischen Parlaments (Pöttering, Hänsch, Barón Crespo und Cox) und die Verfasserin in ihrer Eigenschaft als ehemalige Vizepräsidentin den Versuch, die Entwicklungen in einem politischen Zusammenhang zu verorten.

Die bis dato zwei weiblichen Präsidenten des Europäischen Parlaments – Simone Veil (die Präsidentin des ersten Parlaments) und Nicole Fontaine, ebenfalls Französin, die sich stets die europäische Dimension vor Augen hielten und so die Europäische Union beharrlich voranbrachten – sind leider bereits verstorben.

Alle Diskussionsteilnehmer waren eng in die Entwicklung von einer mehr oder weniger lediglich beratenden parlamentarischen Versammlung hin zu einem parlamentarischen Zweikammersystem mit zwei Rechtsetzungsorganen eingebunden. In einem Punkt herrschte vollständige Einigkeit: Es besteht kein Demokratiedefizit mehr. Der ehemalige Präsident Hänsch wies darauf hin, dass die EU weltweit die erste Demokratie ist, die über nationale Grenzen hinweg Rechtsvorschriften erlässt! Die Parteien, Fraktionen und Abgeordneten sollten das Parlament nicht so behandeln, als wäre es ein nationales Parlament. Die Wissenschaftler wiesen darauf hin, wie wichtig es sei, dass sich gegenwärtige und ehemalige Parlamentsmitglieder an der Debatte beteiligten, um den demokratischen Prozess in Europa besser zu verdeutlichen.

Die anschließende Zeremonie zum Gedenken an die verstorbenen Mitglieder war feierlich und wurde von wunderschöner Musik begleitet. Rune Ryden, der die unserer Vereinigung entsprechende Organisation des Europarats vertrat, bezeichnete sie später als beispielhaft. Präsident Tajani war leider verhindert und wurde in Person der Ersten Vizepräsidentin Mairead McGuinness erfreulicherweise durch eine Frau vertreten. Der ehemalige Präsident Barón Crespo hob in der Debatte die Notwendigkeit hervor, mehr Spitzenpositionen mit Frauen zu besetzen, die auch durch die Zahl der männlichen und weiblichen Redner verdeutlicht wurde. Dies zu verwirklichen, ist wahrscheinlich eine Voraussetzung dafür, dass sich Frauen langfristig mit der europäischen Demokratie identifizieren und die EU und das Parlament als relevant ansehen. Dessen ist man sich nahezu durchgängig bewusst.

Wann wird die Kommission erstmals von einem weiblichen Präsidenten geführt? Kompetenz ist im Endeffekt doch wohl wichtiger als Geschlecht, Rasse, Alter oder andere Quotenkriterien. Immer mehr herausragende Frauen übernehmen Spitzenpositionen in der Politik. Künftige Generationen werden weibliche Vorbilder haben.

Als ich Vizepräsidentin war, war ich im Präsidium für die Transparenzvorschriften der EU zuständig. Vertreter der Kommission war Kommissionsmitglied Barnier (lange bevor er zum EU-Bevollmächtigten für den Brexit wurde). Wir standen gemeinsam in Opposition zu dem spanischen Vertreter des Rates, dessen männliche Herrschaftstechniken zu meinem Untergang geführt hätten, wenn mich nicht Kommissionsmitglied Barnier unterstützt hätte. Männer, die Frauen respektieren, können für die langfristige demokratische Verankerung der EU von großem Nutzen sein. Es geht darum, wie man seine Mitmenschen betrachtet, wie man über sie denkt und wie man sich ihnen gegenüber verhält. Ein weiteres gutes Beispiel ist der ehemalige Parlamentspräsident Pöttering.

Vielleicht ist das einer der Gründe, warum es häufig zu Freundschaften zwischen MdEP aus verschiedenen Parteien und Ländern und mit unterschiedlichem Hintergrund kommt, die sich gemeinsam für das Wohl der EU einsetzen. Meine Freundschaft mit Nicole Fontaine, die bis zu ihrem Tod dauerte, ist ein Beispiel dafür. Anhand ihrer Arbeit lernte ich verstehen, wie das Vermittlungsverfahren funktioniert, in dessen Rahmen die Demokratie tatsächlich konkret wird, und wieso das EP so gut in der Lage ist, Probleme zu lösen.

Was uns Europäer auf lange Sicht eint, sind unsere Grundwerte, „die Seele der EU“. Sie sind inzwischen rechtlich verbindlich. Monat für Monat legt der Gerichtshof der Europäischen Union neue Stellungnahmen vor, in denen Rechte der Menschen zum Tragen kommen. Auf lange Sicht werden so eine gemeinsame Rechtsgrundlage und eine gemeinsame Wertebasis geschaffen. Davon handelte meine Rede zur Charta der Grundrechte als einem der wichtigsten Meilensteine beim Aufbau der europäischen Demokratie. Mein Besuch war äußerst angenehm, und ich würde ihn gern wiederholen.

Charlotte Cederschiöld
Ehemalige Vizepräsidentin und Vorsitzende des Vermittlungsausschusses

SEKUNDARSCHÜLER DISKUTIEREN ÜBER AKTUELLE THEMEN.

Ich nahm erstmals an einer Veranstaltung teil, die vom Europäischen Hochschulinstitut in Florenz in Zusammenarbeit mit dem Verein der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments organisiert wurde und bin bis heute sowohl vom Niveau des Hochschulinstituts als auch von den Antworten der Schüler der weiterführenden Schulen, die daran teilnahmen, zutiefst beeindruckt.

Die Veranstaltung gliederte sich in drei Teile:

- Im Zuge des ersten Teils, bei dem es um das Netzwerk „Sistema Europe“ ging, ergriffen sowohl ich als auch ein tüchtiger Mitarbeiter des Instituts, das sich mit europäischen Themen befasst, das Wort. So erzählte ich von meinen persönlichen Erfahrungen als Abgeordneter des Europäischen Parlaments. Die Schüler beteiligten sich stets aktiv und stellten viele relevante Fragen.

- Im zweiten Teil versetzten sich die Schüler, die in drei Gruppen unterteilt wurden, in die Rolle von Parteimitgliedern und stellten einen Entwurf für eine Legislativinitiative vor.

- Im Rahmen des dritten Teils der Veranstaltung präsentierten die Schüler ihre Ergebnisse, die wir dann gemeinsam kommentierten.

Es wurden folgende allgemeine und gesellschaftspolitische Themen behandelt: 1) Unionsbürgerschaft und Schule 2) Klimawandel, Umwelt und Energie

3) institutionelle Reform der Europäischen Union

Im Rahmen meiner einleitenden Worte erklärte ich die Unterschiede zwischen den unterschiedlichen EU-Institutionen: Kommission, Parlament, Rat, Gerichtshof der Europäischen Union, Rat der Europäischen Union, Präsident der Kommission, Präsident des Parlaments, Präsident des Rats und Präsident des Rates der Europäischen Union.

Ich stellte fest, dass die Schüler sehr wenig über die unterschiedlichen Organe und deren Zuständigkeiten wussten...

Ich glaube, dass die Mitgliedstaaten an den weiterführenden Schulen ein Unterrichtsfach einführen sollten, im Rahmen dessen sich die Schüler mit Fragen zur Europäischen Union beschäftigen. Dies ist in meinen Augen für eine solide Schulbildung unabdinglich.

Ein Lob an alle Initiativen dieser Art, die sowohl für uns Politiker nützlich sind, um die allzu vielen Kommunikationsfehler wiedergutzumachen, als auch für die jungen Menschen, die sich der Vielzahl an Chancen öffnen müssen, die letztlich ein Europa der Völker und Kulturen bietet.

Danke für diese einmalige Möglichkeit der Wissensvertiefung- und -erweiterung,

Oreste Rossi

EUI STATE OF THE UNION

„Die Rolle von Hochschulen beschränkt sich nicht auf die Lehre und Forschung, sondern sie haben noch einen dritten Auftrag, nämlich sich umfassend in die Gesellschaft einzubringen.“ Renaud Dehousse hat in den ersten Worten seines Vortrags zur Eröffnung der hochrangigen Konferenz zur Lage der Union 2019 (State of the Union high-level conference; SOU) die Ziele zusammengefasst, die das Europäische Hochschulinstitut (EHI) seit seiner Gründung im Jahr 1976 verfolgt, nämlich wissenschaftliche Exzellenz mit gesellschaftlichem Engagement zu verbinden. Unter dem Titel „21st-Century Democracy in Europe“ („Demokratie in Europa im 21. Jahrhundert“) fand die SOU vom 2. bis 4. Mai in der Villa Salviati und dem Palazzo Vecchio in Florenz statt. Auf der Tagesordnung standen Themen wie Rechtsstaatlichkeit, Ungleichheiten zwischen den Generationen, der Binnenmarkt und Desinformation im Zusammenhang mit Wahlen.

Der Verein der ehemaligen Mitglieder wurde auf der SOU vom Präsidenten des Vereins, Hans-Gert Pöttering, dem ehemaligen Präsidenten des Europäischen Parlaments, Enrique Barón Crespo, und Monica Baldi vertreten, die sich unaufhörlich für engere Beziehungen zum EHI einsetzen.

An der Podiumsdiskussion „Do we really need politicians? E-democracy vs. representative democracy“ („Brauchen wir wirklich Politiker? Digitale Demokratie versus repräsentative Demokratie“) nahmen David Farrell, Professor am University College Dublin, Tommaso Nannicini, Mitglied des italienischen Senats und Professor an der Universität Bocconi, und Präsident Pöttering teil, in deren Beiträgen ihre fundierten Kenntnisse des Themas deutlich wurden. Vor dem Hintergrund erodierender Parteiensysteme und rückgängiger Mitgliederzahlen der politischen Parteien einerseits und des verstärkten Einsatzes von Instrumenten der direkten Teilhabe und der digitalen Demokratie andererseits diskutierten die Teilnehmer über Möglichkeiten, um die vertikale und die horizontale Dimension von Demokratie miteinander in Einklang zu bringen.

Professor Nannicinis einführenden Bemerkungen zu traditionellen Parteiensystemen, in denen die am demokratischen Prozess beteiligten Akteure viel stärker durch Überzeugungen geeint wurden, stimmte Präsident Pöttering zu, der „En Marche“ in Frankreich als Gegenbeispiel hierzu anführte. Im Rahmen von Bewegungen oder Plattformen wie der, die Emmanuel Macron an die Macht gebracht hat, sei es im Vergleich zu traditionellen Parteistrukturen, die zwar sehr starr seien, aber in deren Rahmen trotzdem die Kompetenz von Politikern anerkannt würde, sehr viel schwieriger, sich wirksam in den politischen Prozess einzubringen.

Professor Farrell wies darauf hin, dass sich unsere politischen Systeme in schwierigen Situationen durchgehend als sehr anpassungsfähig erwiesen haben. Präsident Pöttering schloss sich dieser Ansicht an und fügte hinzu, dass jede Generation mit ihren eigenen Herausforderungen zu kämpfen habe. Das Argument, dass die digitale Demokratie die Auswahl von Politikern erleichtern könnte, lehnte er jedoch ab. Der technokratische Ansatz, der mit dieser Ansicht einhergehe, würde die normative Seite der Politik untergraben, die ein unabdingbares Merkmal unserer Demokratien sei.

Professor Farrell führte anschließend aktuelle Forschungsergebnisse zu seinem Heimatland Irland an, wo vor wichtigen Abstimmungen wie etwa dem Referendum über Abtreibung im Jahr 2018 sogenannte Bürgerversammlungen abgehalten wurden. Das Ergebnis war sehr positiv, da die Forderungen der Bevölkerung durch die Versammlung in Bahnen gelenkt wurden und die Öffentlichkeit am Wahltag besser informiert war. Prof. Nannicini

seinerseits wies auf die Möglichkeiten hin, die die elektronische Verwaltung biete; in Anbetracht der zunehmenden Spezialisierung und Bürokratisierung könnte die Digitalisierung der Demokratie zu mehr Transparenz führen.

„Demokratie ist nicht alles“, warnte jedoch Präsident Pöttering in seiner Schlussklärung. Die Achtung der direkten Demokratie und im Zusammenhang mit der Europäischen Union die Anerkennung der unterschiedlichen Verfahren für Referenden in den Mitgliedstaaten dürften niemals zu einer Diktatur der Mehrheit führen. Die Geschichte habe im Laufe der Zeit gezeigt, wie der Missbrauch von Instrumenten der direkten Demokratie den Schutz von Minderheiten gefährde. Zusammenfassend ließe sich sagen, dass die digitale Demokratie die repräsentative Demokratie und den liberalen Staat ergänzen, jedoch niemals ersetzen solle.

Sekretär des Vereins der ehemaligen Mitglieder

formermembers@europarl.europa.eu

Europa sind wir.

Gibt es wirklich gute Gründe für ein Ausscheiden aus der Europäischen Union? Wie es in den Annalen der Briten verankert sein wird?

Jeder Verlust eines demokratischen Staates ist eine Wunde, die schlecht verheilt. Wir alle, auch die Briten, sind von den Folgen betroffen und müssen einen neuen Weg finden des Zusammenhalts durch eine neue Ordnung, nicht mittels Waffen und Gewalt, nicht durch Populismus, Rassismus, Terrorismus und Hass, sondern durch persönlichen Einsatz für den Frieden auf unserer Welt! Kriege sind Menschenwerk - Frieden ist es ebenso. Und Europa sind wir alle!

Diese Gedanken haben auch den großen 2018-Zukunfts-Bericht der FP-AP als Ehemaligen-Organisation der Staaten des Europarats, verfasst von Walter Schwimmer, ehemaliger Generalsekretär des Europarats, beflügelt. Seine Quintessenz: **No more wars!** Wobei auch hier der Hinweis von unserem FMA-Vorstandsmitglied Jean-Pierre Audy nicht fehlen darf, dass die Begriffe Europa Union und Europa bei aller Gemeinsamkeit streng zu trennen sind. Aber der Friedenswunsch einigt alle, über alle Grenzen hinweg!

Grundlage für die zukunftsweisenden Gedanken der FP-AP sind die vergangenen 25 Jahre. Dieses Vierteljahrhundert beschrieb Uwe Holtz, Honorary FP-AP President, in seiner Geburtstagsansprache so:

„25 years ago, in 1994, the group of five Former Parliamentarians Associations from Belgium, France, Germany, Italy and Turkey officially created the „European Association of former Members of Parliament of the Member States of the Council of Europe“ - shortly FP-AP.

FP-AP's *raison d'être* consists of contributing to the European construction and a better knowledge of the European institutions, of being attached to common values, true democracy, human rights and consolidation of peace, of favouring social and economic progress, of supporting sustainable development and a human globalization - and of encouraging mutual understanding and relations of friendship.“

„FP-AP's enlargement, today numbering 23 member associations, is a **success history!**“

Geschichtswissen ist ein unverbrüchliches Fundament gegenüber allen Zweifeln und Zweiflern.

Rune Ryden, jetziger FP-AP Präsident, betonte:

„Not so long ago, dramatic changes had happened in the history of Europe. Once deeply divided, we are looking now at a more united and open Europe. The creation of our FP-AP association was somehow a natural consequence. We established many new connections between our countries, and thus we increased our knowledge about each other, thus strengthening the links. During the centuries, there have been many conflicts between the people and nations of Europa. Hopefully, all that is now behind us! “

Carole Bureau-Bonnard*, Vizepräsidentin des Nationalparlaments in Paris wertschätzte die Geburtstagsgäste:

"Je suis ravie de vous avoir accueilli il y a peu à l'assemblée et d'avoir eu l'occasion de mieux connaître votre association: elle est le reflet d'élus toujours engagés pour l'Europe ; votre expérience et vos travaux doivent être intégrés à notre réflexion commune sur cette Nouvelle Europe qui a besoin de pays qui se rassemblent ,qui doit se prémunir contre le nationalisme ambiant et le repli sur soi et bien entendu proposer une Europe plus sociale et solidaire , économiquement forte face à la mondialisation et maintenant la paix sur son territoire.“

Das war gleichsam der Auftakt für die FP-AP, sich nun der Zukunft zuzuwenden. Sie wünscht sich mehr osteuropäische Mistreiter. Zudem brauchen Künstliche Intelligenz, Digitalisierung, eine toxische Netzwelt, Cybercrime, Robotics, Weltraumschrott, Plastikmüll, Hygiene, Gesundheit sowie fehlende Arbeitsplätze, Klimawandel, Migration und die andauernden Flüchtlingsbewegungen unsere Antworten. Mit Innovation und neuem Denken. Krieg ist Menschenwerk – Frieden auch!

Brigitte Langenhagen